

# **Annäherung an die Umweltpolitik der Union?**

Die Thesen zur  
Erneuerung bündnisgrüner  
Umweltpolitik



**Eine kritische Bewertung  
von Klaus W. Lippold und  
Kurt-Dieter Grill**

**»Die Unzufriedenheit über die Umweltpolitik der Regierung ist unüberschaubar. Deshalb muß die Grundsatzdebatte beginnen«.**

Die Aussage trifft zu. Die Umweltpolitik der Bundesregierung stößt auf Ablehnung. Das ist aber nicht Folge mangelnder Darstellung in den Medien. Trittin'sche und nicht nur Trittin'sche, sondern Grüne Umweltpolitik ist medial überdurchschnittlich kommuniziert worden. Sie stößt deshalb auf Ablehnung, weil die ausführliche Darstellung in der Öffentlichkeit verstanden wurde.

**Drei Feststellungen zum Vorspann des Papiers:**

**Warum Ablehnung grüner Umweltpolitik?**

Ökosteuerdiskussion – wird im Papier nicht erwähnt.

Öffentlichkeit und Experten haben Ökosteuer wurde als falsche Etikettierung entlarvt: Nicht die Einleitung einer modernen, über marktwirtschaftliche Mechanismen zum Schutze der Umwelt steuernde Politik fand statt, sondern Abkassieren. Große Energieverbraucher wurden geschont, gering verbrauchende voll belastet, Ausnahmeregelungen erfolgten auf Klientel-Zuruf, nicht nach systematischer Vor-

gehensweise. Kritik von außen wurde negiert, das teilweise Eingeständnis mangelhafter, unökologische Vorgehensweise z.B. aus den Koalitionsreihen selbst verdrängt; die Aussagen großer gesellschaftlicher Gruppen nicht zur Kenntnis genommen. Auf diesen Sachverhalt geht das Thesenpapier nicht ein. Offenbar ist er politisch für die Grünen zu heikel.

Kernenergieausstieg

Die Ausklammerung des Themas Atomausstieg: Die Begründung ist so lapidar wie unzutreffend: Die Auseinandersetzung wird bei den Grünen nicht – wie behauptet – an anderer Stelle geführt. Der Atomausstieg ist jedoch zentrales Umweltthema. Keine sorgfältige Analyse kann ihn aussparen. Wie soll Klimapolitik ohne ein Konzept für die Energiepolitik aussehen? Die Ausstiegsgespräche verdeutlicht im Gegenteil:

Es fehlt an einer geschlossenen umweltorientierten energiepolitischen Konzeption bei den Grünen speziell wie bei der Regierungskoalition insgesamt; die einen gaben vor, die Kernenergie durch regenerative Energie auszufüllen, blieben aber den Nachweis schuldig, wie dies realisiert werden könnte. Plattitüden wie Effizienzrevolution, Energiewende helfen nicht weiter. Vahrenholt (ehemaliger SPD-Umweltsenator im Hamburg, jetzt Shell-Vorstandsmitglied) ist kein Unionpolitiker: Seine Kritik dieser Politik war und ist vernichtend. Und es ist

ihm wohl kaum abzusprechen, daß er Umweltexperte ist.

Die anderen wollten die Lücke durch konventionelle Kraftwerke schließen: Das wäre das Ende der vorbildlichen Klimaschutzpolitik der Ära Kohl/Töpfer/Merkel.

Die vorgestellten Überlegungen zum Kernenergieausstieg waren in einer geradezu atemberaubenden Form undurchdacht:

Internationale Verpflichtungen wurden vergessen oder brüskiert, die Schädigung unseres internationalen Ansehens in Rekordzeit bewerkstelligt. Rechtliche Voraussetzungen wurden nicht geprüft: Von einer Verlautbarung zur nächsten – immer neue Fettnäpfchen wurden zielsicher getroffen. Konzeptlosigkeit, Mangel an Sachverstand und internationales Draufgängertum – es gibt kein vergleichbares Beispiel aus der jüngeren Geschichte in Deutschland.

Der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze durch diese Politik wurde ohne jedes Eingehen auf die Argumentation von Betriebsräten in Kauf genommen; die Frage, welche immense volkswirtschaftliche Kapitalvernichtung mit dem Ausstieg verbunden ist, war nicht die geringste Erörterung wert.

Immerhin, die mangelnde Sachbezogenheit der Ausstiegspolitik wurde auf diese Weise drastisch verdeutlicht – nicht nur den Betroffenen,

nicht nur der Wirtschaft, sonder breiten Bevölkerungsschichten.

Katastrophale Versäumnisse

Im Vorspann des Thesenpapiers, Grundlage für die späteren Ausführungen, fehlen darüber hinaus Ausführungen zu den entscheidenden Defiziten Trittin'scher und generell grüner Umweltpolitik:

► die katastrophale Verengung von Umweltschutzpolitik auf die (fälschlicherweise so genannte) Ökosteuerproblematik und den Kernenergieausstieg.

Die Klimaschutzpolitik – bislang international respektierter Vorzeigepunkt deutscher Politik – geriet ins Abseits. Deutsche Initiativen, die früher für Schubkraft und Durchbruch sorgten, durch entschiedene Rückenbedeckung des Kanzleramtes abgesichert: Fehlanzeige. Das mehr als magere Ergebnis der Buenos Aires-Konferenz sollte zunächst zum Erfolg hochgehubbelt werden. Die überdeutliche Diskrepanz zum real erzielten Ergebnis führte – vor dem Hintergrund von Expertenspott – zur Änderung der Darstellung. Aber Konsequenzen wurden daraus nicht gezogen.

► Die innenpolitische Fortentwicklung der Klimaschutzpolitik: Ebenso Fehlanzeige. Keine neuen Initiativen über die von Töpfer/Merkel eingeleiteten Reduktionsmaßnahmen hinaus. Die bereits eingeleiteten Maß-

nahmen wurden nur zögerlich und unlustig fortgeführt.

Mit beiden Positionen verbindet sich eine viel zu wenig diskutierte Glaubwürdigkeitslücke von Grün (und Rot/Grün): Noch vor einem Jahr wurden die Klimaschutzziele der Regierung Kohl als mangelhaft, der globalen Katastrophe nicht adäquat, der Rolle des industriestarken Deutschland nicht gerecht werdend denunziert: Unter der Agide Trittin lobt die Grüne Zunft eben diese Ziele, fordert keine Verschärfung mehr, zeigt keine Verbesserungen auf (und realisiert auch nichts!). Das allseits international anerkannte Profil der deutschen Umweltpolitik ist schon nach wenigen Monaten »grüner Politik« bis zur Unkenntlichkeit verblaßt.

Naturschutzpolitik, ein weiteres Opfer Trittin'scher Verdrängungspolitik: verschoben auf eine nicht näher festgelegte Zukunft!

Umsetzung europäischer Richtlinien: IVU-Richtlinie, UVP-Richtlinie? Kein Schritt über die Vorarbeiten der Vorgängerregierung hinaus. Zeit wurde verspielt, Ideen wurden nicht entwickelt, Lösungen nicht gefunden. Und die Zeit verrinnt. Grundlagen für wirtschaftliche Entscheidungen, aber auch Entscheidungen zu Vorhaben von Bund, Land und Kommunen fehlen jetzt mangels Umsetzung dieser Richtlinien. Blieb neben der Öko-steuer keine Zeit für sachliche Arbeit?

Umweltgesetzbuch als Krönung umweltpolitischer Arbeit? Auch hier nicht mehr als von der Vorgängerregierung vorgelegt.

**Fazit:** Glaubwürdigkeitsverlust. Nichts wurde besser, kaum etwas anders in diesen Politikfeldern, vieles erscheint als beliebig. Das führt zu Politikverdruß, zu Politikablehnung.

### Zu den Grün/Realo/ Thesen im einzelnen:

#### Umweltschutz hat heute mehr Einfluß als je zuvor

Selten wurden 16 Jahre unions-gestaltete Umweltpolitik so von Grünen gelobt: Wasser und Luft sauberer, die Chemiepolitik erfolgreich, neues, positives Umweltbewußtsein geschaffen, neue (marktwirtschaftliche) Instrumente wie das Öko-Audit durchgesetzt, Abfallberge geschrumpft. So deutlich habe ich unsere Erfolge von Grünen nie loben hören.

Aber falsch sind generalisierende Aussagen des Papiers:

► Nicht das Eintreten für Umweltbe-lange ist technikfeindlich, sondern grüne Umweltpolitik z.B. in der Bio- und Gentechnologie.

► Nicht Umweltpolitik generell ge-fährdet Arbeitsplätze, sondern diese grüne Umweltpolitik.

► Umweltpolitik ist nicht generell ein Wirtschaftshemmnis, sondern diese Politik dieser Regierung.

Lapidar, in ihrer generalisierenden Art falsch, ist die Aussage, daß die Bundesrepublik die Verantwortung für die Verschlechterung der globalen Umweltsituation nicht von sich weisen kann. So undifferenzierte Aussagen tragen nicht zur Akzeptanz von Umweltpolitik bei. Wer diese Akzeptanz sucht, darf nicht den Beitrag deutscher Politik, deutscher Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt deutscher Wirtschaft zur globalen Umweltentwicklung unterschlagen.

### Eintreten für den Umweltschutz ist heute weniger spektakulär

Die letzten Jahre haben das Thema Arbeitslosigkeit – leider – an Bedeutung gewinnen lassen. Das hat Prioritäten dramatisch geändert. In der boomenden Wirtschaft früherer Jahre konnten Umweltschutzanliegen einfacher durchgesetzt werden als heute, in denen Arbeitslosigkeit dominiert und der globale Wettbewerb schneller auf umweltpolitische Anliegen erschwert. Energieversorgungsunternehmen als Monopolunternehmen sagten Photovoltaik-Dächer-Programme wesentlich schneller zu. Heute, im Wettbewerb stehend, agieren sie erkennbar anders. Wer grundlegende Zusammenhänge zwischen globalen wirtschaftlichen Entwicklungen und Umweltschutz

negiert, wie dies im Thesenpapier der Fall ist, analysiert nicht hinreichend gut und kommt zu falschen Schlüssen. Er verkennt auch den Rio-Prozeß, der den Zusammenhang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem zwingend herausgestellt wissen will.

### »Bündnisgrüne Politik ist Nachhaltigkeitspolitik

Zwar angesprochen. Das ist - unbezweifelbar – ein Fortschritt. Ankommen wird es jedoch darauf, daß dies nicht Programmsatz bleibt, sondern umgesetzt wird.

Diese Umsetzung muß frei sein von ideologischen Zwängen: Innovationen müssen in ihrer Breite notwendig sein. Dazu gehört ein ungestörtes Verhältnis zu Bio- und Gentechnologien, zu Werkstofftechnologien, zu Energietechnologien unter Einschluß neuer Kernkrafttechnologien, kurz gesagt: zu moderner Wissenschaft und Technik.

Nachhaltigkeit als Ziel aller politischer Strömungen ist unumstritten. »Ökonomisch« – so die These – »entsteht Nachhaltigkeit aus langfristiger marktwirtschaftlicher Rahmensetzung, die eine dauerhafte Steigerung der Unternehmenswerte ermöglicht.« Dagegen verstoßen Grün bzw. Rot/Grün täglich, und ein Ende dieses politischen Zick-Zack-Kurses ist nicht abzusehen: Politische Entscheidungen, die in die Vergangenheit rückwirken (Altauto), stetiges Hickhack in der Ökosteuerdiskussion, neuerdings

auch in der Diskussion um die Dieselbesteuerung, die Rücklagenproblematik in der Energiewirtschaft, keine klare ökologische Energiekonzeption: Die Beispiele sind Legion.

Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik: Eine triviale Wahrheit. Die Integration von Umweltpolitik in die jeweils anderen Politikbereiche ist Unionspolitik. Wir haben auf diesem Weg Fortschritte gemacht, weitere gilt es zu erreichen. Mit Trittin, mit Grün hat dieser Prozeß Rückschläge – erfahren: Abstimmungen mit Wirtschafts-, Finanz-, Innen- oder Justizressorts ebenso wie Bau und Verkehr: Fehlanzeige. Ohne gegenseitiges Vertrauen gibt es eben auch national keine Abstimmung.

### Bündnisgrüne Politik ist Kooperationspolitik

»Das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft des Gemeinwens« – eine andere Formulierung für das Subsidiaritätsprinzip? So verstanden, kann diese These akzeptiert werden. Aber auch hier: Zweifel, begründet durch kommunale Erfahrungen!

Und die Haltung zu marktwirtschaftlichen Instrumenten?

Öko-Audit (von der Union umgesetzt) wurde von Grün zwar akzeptiert, wird aber immer noch reglementiert; Selbstverpflichtung - heftig von Grün einst bekämpft, heute geduldet bzw. in einer Form exekutiert, die Ord-

nungsrecht als liberal erscheinen läßt (zum Beispiel: Selbstverpflichtung in Hessen zur Reduktion von Sonderabfall). Unions-Forderung bleibt: Deutliche Anreize, nicht nur Belastungen, d.h. steuerliche Entlastungen, steuerliche Anreize, Zinszuschussung als Instrumente nutzen. Das Thesenpapier enthält hier nur abstrakte Aussagen.

### »Neue Allianzen schmieden«

Die Energieeinsparverordnung, von der Union auf den Weg gebracht, kann, kombiniert mit steuerlicher Förderung und Zinsbezuschung, Arbeitsplätze schaffen oder erhalten, Umweltschutzziele realisieren, ohne Staatsfinanzen zu belasten. Neue Allianzen finden dann unsere Zustimmung, wenn sie marktwirtschaftliche Instrumente umsetzen, statt eine Politik des Abkassierens zu betreiben. Die Union hat in der Vergangenheit beispielhaft bei der Wärmedämmung Förderinstrumente genutzt. Dies muß fortgesetzt – und auch verbessert werden. Aber hier sehen wir nach wie vor erhebliche Auffassungsunterschiede.

In ähnlicher Weise könnten synergetische Effekte beim Einsatz von Biomasse erzielt werden. Vielleicht kann man sich hier in der Realisation »zusammenraufen«.

### Arbeitsplätze durch Umweltinnovation schaffen

Der Einstieg in die ökologische Steuerreform schafft keine Arbeitsplätze,

bisher schafft er nur Belastungen für die Wirtschaft. Der Nachweis, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, wurde theoretisch nicht erbracht (das DIW-Gutachten widersprach allen Qualitätsgrundsätzen des DIW selbst), und ist bis heute erst recht nicht praktisch belegt.

Der Gedanke zur »ökotechnischen Zukunftsoffensive« ist unklar und schwammig formuliert. Mehr Präzision würde die argumentative Auseinandersetzung erleichtern. Das Erstellen von Thesen wird hier verwechselt mit der Kombination wohlfeiler Schlagwörter.

Verschlinkung, Steigerung von Ressourceneffizienz, Kostensenkung sind alte Anliegen. Sie sollten umgesetzt werden (wie z.B. die Steigerung von Energieeffizienz zu Unionszeiten) und durch Verfahrenserleichterungen insbesondere der Genehmigungsverfahren ergänzt werden. Auch der Zusammenhang von Öko-Audit und Deregulierung bleibt unerwähnt. Grüne Politik hat dies stets blockiert (und auf eine ferne Zukunft vertagt: wenn das (Umwelt-Gesetz-Buch) UGB kommen sollte ...).

### Umweltpolitik mit anderen Reformvorhaben verknüpfen

Wiederholung von Gedanken: Synergieeffekte schaffen. Die Forderung muß bejaht werden. UGB und Vereinfachung, Deregulierung? Hier ersetzt das Prinzip Hoffnung die Realität. Und wer blockiert eigentlich das UGB

wie in dieser These angesprochen? Töpfer hat es initiiert. Merkel hat es vorangetrieben. Und seit einem Jahr geht es nicht weiter! Wer blockiert eigentlich? Die Koalition hat eine komfortable Mehrheit im Parlament, eine Mehrheit im Bundesrat! Wer also blockiert? Ist grüne Selbstblockade, die selbstverordnete Einnengung auf Kernenergie und Ökosteuer der Grund?

Zu undifferenziert sind die Aussagen zu Schiene, Schiff und Straße. Wer grüne Philosophie kennt, kann vermuten, was gemeint ist. Das aber wird durch Wiederholung nicht richtiger: Schiene und Wasserweg sind der Straße nicht grundsätzlich ökologisch überlegen, und die Verlagerung von Verkehr von Straße auf Schiene ist ein Glaubenssatz, der auch durch Wiederholung nicht an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Die pauschale Aussage zur Abfallpolitik/zu Entsorgungseinrichtungen läßt in ihrer schlichten Undifferenziertheit eine sinnvolle Kommentierung nicht zu. Hier fehlt wieder die These, was soll wie gemacht werden.

### »Keine halbierte Umweltpolitik«

Warum ist Natur- und Landschaftsschutz nicht nur Kernbereich, sondern emotional »Kernbereich«?. Soll hier eine besondere Bindung zu diesem Teilbereich von Umweltpolitik ausgedrückt werden? Quasi als Untermauerung der These – und als fulminante Trittin-Kritik formuliert –,

dass Natur- und Landschaftsschutz in der Umweltpolitik der Regierung nicht vorkommt? Das Defizit hatten wir oben bereits angesprochen: Es ist krass. Aber warum diese Kritik erst jetzt? In einer Reihe von Bundestagsdebatten haben wir diese Fehler angesprochen.

Die Aussagen zu Landwirtschaft und Naturschutz allerdings sind blanker Hohn. Weder früher in der Opposition noch in Bundesländern mit grünen Umweltministern hat es auch nur Ansatzpunkte zur Kooperation mit der Landwirtschaft gegeben. Ausgleich für Landwirte bei naturschutzrechtlichen Beschränkungen: Konsequente Ablehnung! Keine Form von Entlastung, in der derzeitigen Regierungspolitik eine Summierung von Belastungen. Alles das ist nicht nur von Trittin veranstaltet. Hier finden sich die Unterzeichner des Thesen-

papiers! Was haben sie bislang auf den Weg gebracht? Was gemacht? Vor den Landtagswahlen jetzt der Schwenk: Ist das glaubwürdig? Nein! Wer Trittin anklagt, muß besser sein, nicht besser schreiben! Auch wenn der Traum, auf dem Trittin'schen Sessel zu sitzen (und sicherlich auch auf Gila Altmanns Staatssekretärsposten) verlockend ist.

### »Globale Perspektiven für Ökologie ohne Armut«

Die globalen Umweltrisiken werden zutreffend – wenngleich nicht vollzählig – erwähnt, die globale Waldproblematik fehlt ebenso wie Desertifikation und Bodenerosion. Alles Zeichen für eine taktisch gezielte, handwerklich nicht mit der notwendigen Sorgfalt angelegte Thesen-Erarbeitung. Wilhelm Knabe (grüner Alt-MdB) hätte es nicht passieren können, die Waldproblematik zu vergessen.